Außenpolitische Hintergründe des gesellschaftspolitischen Umbruchs in Guinea-Bissau

Dirk Kohnert ([1])

Die gewaltsamen Konflikte innerhalb der politischen Klasse Guinea-Bissaus in den letzten zwei Jahren führten nicht nur zur Zerstörung jahrzehntelanger Aufbauarbeit sondern auch zum Sturz des Vieira-Regimes. Freie Wahlen verbannten die seit der Befreiung vom Kolonialjoch unangefochten herrschende PAIGC auf den dritten Rang und leiteten einen gesellschaftspolitischen Umbruchprozess ein, dessen Ausgang ungewiss ist. Ein Ende der chronischen Entwicklungskrise des Landes für die im In- und Ausland überwiegend „schlechte Regierungsführung" verantwortlich gemacht wird, ist noch nicht abzusehen. Im folgenden wird eine weitgehende Eigenverantwortung der herrschenden politischen Klasse für diese Entwicklungskrise keineswegs bestritten. Allerdings scheint es, dass sie nicht überwiegend „hausgemacht" war, sondern mindestens ebenso stark auf externen wie auf internen Determinanten beruhte. Das Schwergewicht der folgenden Ausführungen liegt entsprechend auf den außen- und regionalpolitischen Rahmenbedingungen der Entwicklungskrise Guinea-Bissaus. Damit soll, abseits von Modewellen des entwicklungspolitischen Diskurses (von Abhängigkeits- über Globalisierungstheorien bis hin zum „Lusotropikalismus"), ein Beitrag zur umfassenden strukturellen Analyse aller wesentlichen Einflussfaktoren geleistet werden.

1. Modewellen des entwicklungspolitischen Diskurses beeinträchtigen eine vorurteilsfreie Analyse der Entwicklungskrise Guinea-Bissaus

Die Geschichte Guinea-Bissau ist wie kaum ein anderes afrikanisches Land gekennzeichnet durch seine große Abhängigkeit von externen Einflußfaktoren. Wie andere portugiesische Kolonien Afrikas wurde das Land, wirtschaftlich und politisch ungenügend vorbereitet, erst nach jahrzehntelangem Befreiungskrieg als eines der letzten afrikanischen Staaten 1974 in die Unabhängigkeit entlassen. Als eines der kleinsten und ärmsten Länder Afrikas mit knapp einer Million Einwohnern verfügte Guinea-Bissau nicht, wie Angola oder Mosambik, über ausreichend natürliche Ressourcen oder einen inneren Markt, welche die Chance einer zügig voranschreitenden eigenständigen Entwicklung böten. Wenn es galt, die Entwicklungsengpässe des Landes nach der Unabhängigkeit zu erklären, verwiesen die politischen Führer der PAIGC (*Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde*) und ihre politischen Freunde im In- und Ausland in den 1970er und 80er Jahren daher mit Vorliebe, auf die Erblasten des Kolonialismus, die durch jahrhundertelange koloniale Ausbeutung und Kriegsfolgen verursachte unterentwickelte Infrastruktur des Landes sowie die negativen Effekte des weltweit ungleichen Tausches. Diese Schwerpunktsetzung bei der Problemanalyse entsprach nicht nur real existierenden Entwicklungshemnissen. Sie war wesentlich zurückzuführen auf die spezifische Blickweise des damals verbreiteten entwicklungspolitschen Diskurses, der durch A. G. Frank, F. Cardoso eingeleiteten *dependencia*-Theorie sowie den nachfolgenden Weltssystemtheorien Wallersteins und anderer, die in Reaktion auf die Scheuklappen modernisierungstheoretischer

[1]) Überarbeitete Version eines Vortrags auf Einladung des APSA-Symposiums "*Transformationsprobleme im subsaharischen Afrika - die Erfahrungen im portugiesischsprachigen Afrika*"; Ev. Akademie Mülheim, 15.-18.12.1999. Der Afrika-Dokumentationsleitstelle des DÜI, Hamburg sowie zwei anonymen *referees* danke ich für wertvolle Literatur- und Überarbeitungshinweise.

Entwicklungsexperten, die externen politischen und sozialen Rahmenbedingungen der Entwicklung hervorhoben. Daraus leitete die politische Führung in Bissau nicht zuletzt auch den moralisch-ideologischen Anspruch auf großzügige internationale Unterstützung ab, dem insbesondere sozialdemokratisch oder sozialistisch orientierte europäische Staaten und Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) in den 1970er und 80er Jahren bereitwillig nachkamen.

Entsprechend den Modewellen des internationalen entwicklungspolitischen Diskurses scheint derzeit der vorherrschende Argumentationstrend, selbst in Bezug auf Kleinstaaten wie Guinea-Bissau, in das gegenteilige Extrem umzuschlagen: rückwirkend werden die Hauptursachen der Entwicklungskrise nicht in hemmenden externen Rahmenbedingungen, wie (neo) kolonialer Ausbeutung oder der Globalisierung gesehen, sondern in schlechter Regierungsführung, Vetternwirtschaft und Korruption, Faktoren die sich im Falle Guinea-Bissaus, angeblich in einem Nenner, nämlich der despotischen Herrschaft des Regimes „Nino“ Vieiras, vereinigen. Dies gilt nicht nur für Vertreter der Bretton-Woods-Institute, sondern auch für die wichtigsten bisherigen Geber-Länder. Die schwedische Regierung zum Beispiel, die den guineischen Befreiungskampf seit 1968 mit großem Engagement unterstützte, schloß Anfang 2000 ihre Botschaft in Bissau. Formal begründete sie diesen Schritt mit „ökonomischen“ Sachzwängen, ausschlaggebend war aber eher ihre Desillusionierung aufgrund des enttäuschenden Ergebnisses einer umfassenden *ex-post* Evaluierung von knapp dreißig Jahren fehlgeleiteter schwedischer Entwicklungshilfe (Sjölander, Stefan 1997). Ähnlich hatten bereits ein Jahrzehnt zuvor international agierende NROs, wie die christlich orientierte deutsche NRO „Dienste in Übersee“ (DÜ), nach zehnjähriger Erfahrung mit weitgehend fehlgeschlagener Entwicklungszusammenarbeit (EZ) beträchtliche Mühe, diesen Fehlschlag zur Kenntnis zu nehmen und daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen (s. Kohnert 1988). Repräsentanten der politischen Opposition in Bissau schlossen sich diesen neuen Trend der Schuldzuweisung an (s. Tchon-Tchoma 1998). Selbst (Interims) Ministerpräsident Francisco Fadul, der sich stolz dazu bekannte, schon als Jugendlicher mit 16 Jahren der PAIGC beigetreten zu sein, konzentrierte sich in der Krisenanalyse kurz nach seiner Wahl im Dezember 1998 sowie auf seiner Antrittsrede vor dem Parlament am 13.4.99, im Gegensatz zu früheren Diskursen im PAIGC-dominierten Parlament, ganz offensiv auf interne Gründe der Schuldzuweisung: die Hauptursachen der Krise seien diktatorischer Machtmißbrauch, Polizeistaatmethoden, persönliche Bereicherung und Korruption größten Ausmaßes seitens des Nino-Regimes, die zu einer Verarmung und Entfremdung der Bevölkerung von ihren politischen Repräsentanten geführt habe ([2]). Charakteristisch für diese Form der Schuldzuweisung war die ausgeprägte Personalisierung der Fehler des abgelösten Regimes ohne eine strukturelle Defizitanalyse oder eine grundlegende politische Neuausrichtung (s. Kap. 3).

2. Entwicklungshemmende Konkurrenz lusophoner und frankophoner Netzwerke

2.1 **eine aktuelle afrikanische Problemdiagnose**:

> *"More tragically, it is observed that we are still very much as divided as we were at independence, namely into Francophone, Anglophone and Lusophone.... "There is no doubt that the progress of ECOWAS has been hampered by the numerous parallel and competing activities under the umbrella of the sub-units among ourselves*." (Nigerias Staatspräsident Olusegun Obasanjo zur Eröffnung des 22. Gipfeltreffens der ECOWAS-Staatschefs in Lomé am 10.12.99, PANA 10.12.99)

[2] „A razão directa do subdesenvolvimento em África é a incompetência e a corrupção dos dirigentes“ ...“Todos nós não erraremos muito se culparmos o senhor Nino Vieira de sassassínos, de sepancamentos, de calúnias, de difamaçoes e indignificação de dirigentes“, aus: Interview Faduls in der portugiesischen Zeitung *Expresso, website* vom 5.12.98; s. a. /BBC/SWB, 10.12.98:A10; Augel 2000:1

Die Konkurrenz zwischen den eifersüchtig gehegten und gegeneinander abgegrenzten Einflußspähren der ehemaligen Kolonialmächte und deren afrikanischen Verbündeten führte zu einer erheblichen Verschwendung und suboptimalen Allokation von natürlichen und menschlichen Ressourcen. Die fehlende regionale Integration in Westafrika scheiterte bisher vor allem am mangelnden politischen Willen der nationalen politischen Entscheidungsträger. Die Abschottung der Märkte und das Anheizen politischer Konflikte zwischen und innerhalb nationaler strategischer Gruppen, durch Blockbildung und „internationale Ethnisierung" der Politik gemäß den Interessen der ehemaligen Kolonialmächte (s. Körner 1996; Brüne/Mehler 1998; Kohnert 1998) beeinträchtigte die Entwicklungschancen insbesondere der kleineren, ressourcenarmen westafrikanischen Staaten über Jahrzehnte. Dies trifft nicht nur für die *Economic Community of West African States* (ECOWAS) insgesamt zu, sondern auch für Guinea-Bissau, wie unter anderem am neuesten Beispiel konkurrierender Konfliktschlichtungsinitiativen gezeigt werden soll.

2.2 **Frankophone Klientelnetzwerke: Rentenökonomie der *Messieurs Afrique* auf Kosten der Armen**

Der Streit zwischen luso- und frankophonen Einflußsphären in der Region des heutigen Guinea-Bissau ist besser verständlich im Rückblick auf seine lange Geschichte, auf die sich die streitenden Parteien, wie die Separatisten der *Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance* (MFDC) gerne berufen, wenn es gerade opportun erscheint ([3]). Die Casamance war bis zum Berliner Kongreß (1884-85) fester Bestandteil der portugiesischen Kolonie Guinea. Portugal tauschte in der Konvention über die neue Abgrenzung der Kolonie vom 12.5.1886, die weitgehend die Grenzziehung bis heute bestimmt, die Casamance und Ziguinchor gegen französische Einflußgebiete um Cacine, im Süden Guinea-Bissaus sowie gegen freie Hand in den portugiesischen Kolonien im südlichen Afrika. Damit ging auch Portugals Einfluß über die 243 Jahre lang portugiesisch kolonisierten Einwohnern in der Casamance (*les lusitanisés*) weitgehend verloren. Die Bedeutung portugiesisch Guineas wurde auf den Status einer drittrangigen Kolonie reduziert, die nach Ansicht der fanzösischen Kolonialherren früher oder später mangels eigener Überlebensfähigkeit als "natürliches Erbe" vom „Großen Bruder" Senegal geschluckt werden würde (s. Pélissier, 1989:173,175). Das sozio-kulturelle Erbe wirkte allerdings fort, wie man nicht zuletzt daran sah, daß das portugiesische *crioulo* bis heute in der Casamance von vielen Einwohnern gesprochen wurde, und enge soziale, militärische und politische Beziehungen zu benachbarten Ethnien und politischen Führern in Bissau bestanden.

Der Konkurrenzkampf strategischer Gruppen und Händler der luso- und frankophonen Netzwerke in und um Guinea-Bissau reicht bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Bereits ab 1820 wurde die Konkurrenz französischer Händler in Guinea- Bissau immer deutlicher spürbar, worüber sich ihre portugiesischen Kollegen öfters bitter in Lissabon beschwerten. Bis heute verteidigte das Netzwerk des *Lusotropikalismus* (s. dazu Kap. 2.3) seine angestammten Jagdgründe gegenüber dem übermächtigen Einfluß der Franc-Zone, der die benachbarten Länder (mit Ausnahme Guineas) angehörten. Die Ende des zweiten

[3] „Secretário Geral Adjunto do MFDC, da Casamance pede mediação portuguesa: Mamadú Sané, em visita a Lisboa, declarou à agência Lusa rejeitar categoricamente as negociações em curso em Banjul, considerando que o Secretário Geral do Movimento, Abade Diamacoune Senghor, estaria "a agir sob coacção" e continua a não dispor de passaporte, estando assim impedido de contactar no exterior com outros membros da Direcção. O 2º responsável do MDFC, a residir em Paris, deslocou-se a Lisboa para contactar as autoridades portuguesas, considerando que Portugal deverá participar nas negociações como mediador, dadas as suas "responsabilidades históricas" na Casamance, que "foi o primeiro a colonizar a região, administrando-a até 1888". (Associação para a Cooperação Entre os Povos, Lisboa, ACEP, 3.2.2000)

Weltkrieges im frankophonen Afrika eingerichtet CFA-Zone ([4]) diente mehreren Generationen französischer Unternehmer und Politiker, den *messieurs Afrique*, und deren afrikanischen Juniorpartnern, zum eigenen Nutzen, auf Kosten des französischen Steuerzahlers sowie der Armen in den afrikanischen Ländern; sie war ein Selbstbedienungsladen der Elite. Französische Unternehmer in Dakar oder Abidjan gaben unumwunden zu, daß sie in Afrika doppelt so hohe Gewinnmargen wie in ihrem Mutterland verdienten (s. Gaud 1994:6; Fritscher 1994:4). Die Preise für französische Importe im subsaharischen Afrika - durchgesetzt mittels Lieferbindungen und politischer Patronage - lagen lange Zeit 30 % über den Weltmarktpreisen für vergleichbare Güter und Dienstleistungen (s. Yeats 1989). Damit fuhren die in das Patronageverhältnis eingebundenen afrikanischen Geschäftspartner und Intellektuelle, die an (wegen der Überbewertung des CFA) relativ billigen französischen Importen und Reisen nach Frankreich interessiert waren, ebenfalls nicht schlecht. Spätestens mit dem Eintritt Guinea-Bissaus in die CFA-Zone und in die *Union Economique et Monétaire Ouest Africaine* (UEMOA, s. u.) gelang es dem Zirkel frankophoner Geschäftskreise und Politiker in Bissau ebenfalls von diesem Netzwerk zu profitieren, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

Während der elf Jahre des guineischen Befreiungskampfes (1963-74) zeigte Paris unter de Gaulle und Pompidou der PAIGC, nicht zuletzt auf Grund des Blockdenkens der *Messieurs Afrique*, die kalte Schulter. Amílcar Cabral wurde ab 1964 z. B. das Aufenthaltsrecht in Frankreich verweigert. Im Gegensatz zum Ostblock, der OAU, den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern unterstützte der französische Staat (im Gegensatz zu einigen progressiven französischen NGOs wie CIMADE) auch nicht den militärischen Befreiungskampf. Erstens wollte Paris jeden Anlaß vermeiden, daß seine "Schutztruppen" im Senegal (wo das damals größte französische Truppenkontingent Westafrikas stationiert war) mit den Besatzungstruppen des portugiesischen Nato-Partners zusammenstießen. Zweitens standen Ziele und Ideologie der guineischen Befreiungsbewegung im diametralen Gegensatz zu den konservativen Interessen der Frankophonie im Allgemeinen, und der der F CFA-Zone in Westafrika im Besonderen. Daher machte Paris auch seinen Einfluß auf die Regierung in Dakar geltend, sich bei der Unterstützung des Befreiungskampfes in Guinea-Bissau zurückzuhalten, bzw. eher die vom Senegal aus operierende frankophone, mit der PAIGC um die Vormachtstellung rivalisierende Befreiungsbewegung FLING (*Frente da Luta pela Independênçia de Guiné-Bissau*, s. u.), angeführt von Francois Mendy, einem frankophonen Akademiker, zu unterstützen.

Ein Umschwung in der Haltung Frankreichs trat erst Mitte der 1980er Jahre mit der "pragmatischen" liberaleren Wirtschafts- und Außenpolitik des durch einen Putsch an die Macht gekommenen guineischen Staatspräsidenten João Bernardo „Nino“ Vieira ein, der versuchte, die Gegensätze zwischen dem lusophonen und frankophonen Block durch eine „Schaukelpolitik“ zum eigen Vorteil zu nutzten. Bis zum Zusammenbruch der skandinavisch-niederländischen Entwicklungsillusion Mitte der 1990er Jahre war allerdings noch Schweden der bei weitem größte bilaterale Geber.

---

[4] Der "*Franc des Colonies Francaises d'Afrique*" oder Franc CFA (später umbenannt in *Franc de la Communauté Financière Africaine*) wurde als fest an die Leitwährung (FF) der französischen Kolonien gebundene Währung formell kurz vor Beginn des Weltkrieges II (1939) geschaffen und nach dessen Ende im Oktober 1948 auf eine Parität von 1 FF = 50 F CFA, nach der Abwertung vom 1.1.94 auf 1 FF = 100 F CFA festgelegt. - Die CFA-Zone umfaßt insgesamt 15 Staaten in drei Zonen mit jeweils einer Zentralbank: (i) 8 westafrikanische *Länder der UEMOA (Union Economique et Monétaire d' Afrique de l' Ouest)*: Benin, Burkina Faso, Côte d' Ivoire, Guinea Bissau (ab 01.05.97), Mali, Niger, Senegal, Togo; mit der *Banque Centrale des Etats d' Afrique de l' Ouest*, BCEAO; (ii) 6 zentralafrikanische Länder der CEMAC (*Communauté Economique et Monétaire de lÃAfrique Central)*: Äquatorial-Guinea, Gabun, Kamerun, Kongo-Brazaville, Tschad, Zentralafrikanische Republik, mit der *Banque Centrale des Etats d' Afrique Centrale*, BEAC, sowie (iii) die Komoren mit der *Banque Centrale des Comores*, die den "*Franc Comorien*" (FC 100 = 1,33 FF) herausgeben.

Im Jahre 1995 stand Frankreich mit 14,7% zum ersten Mal an der Spitze der bilateralen Geber (Niederlande und Schweden je 8%; Portugal war in der Liste der zehn größten bilateralen ODA-Geber nicht vertreten; Koudawo 1997:217). Frankreichs Entwicklungszusammenarbeit konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Unterstützung der zentralen staatlichen Institutionen zum Erhalt des Machtapparates des Vieira-Regimes, wie Regierungsberatung im Bereich Innere Sicherheit, Hilfe beim Aufbau einer auch bei inneren Konflikten einsetzbaren Schnellen Eingreiftruppe (der *Ninjas),* Renovierung der Polizeischule und des Zentralen Kommissariats, Restrukturierung der Justiz und der Polizei, Ausbildung der Luftwaffe und Grenztruppe, Flughafensicherung, etc. sowie auf gesamtwirtschaftliche Steuerung und Strukturreform, auf die Energie- und Wasserversorgung in Bissau sowie auf Medien- und Kulturarbeit (französische Schulen, das *Centre culturel franco-guinéen*, RFI-Radiostation) zur Konsolidierung eines nachhaltigen französischen Einflusses (zu Details über die französische Entwicklungshilfe s. Kap. 5).

Bei seinem zunehmenden Engagement ging es Paris in erster Linie um übergeordnete außenpolitische und -wirtschaftliche Ziele und weniger um die nachhaltige Förderung der Entwicklung Guinea-Bissaus. Erstens galt es, den frankophonen Einfluß in Westafrika gegenüber der Vormachtstellung des anglophonen Nigeria und Ghana zu stärken. Zweitens, wollte Paris demonstrieren, daß auch nicht-frankophone Länder (wie z. B. Ghana) von den wirtschaftspolitischen Vorteilen der CFA-Zone (bzw. der UEMOA), profitieren konnten, wenn sie breit waren, sich dem Führungsanspruch Frankreichs zu unterwerfen. Allerdings war Paris bis zuletzt wenig geneigt, die beträchtlichen Kosten des Beitritts Guinea-Bissaus allein zu tragen, diese sollten vielmehr soweit wie möglich auf die EU und andere Geber überwälzt werden (s. Koudawo, 1997:224-25). Gleichzeitig sollten Konkurrenten um die Vorherrschaft in Afrika, wie die CPLP (*Communidade dos Países de Língua Portuguesa* s. u.), geschwächt werden. Der Eintritt Guinea-Bissaus in die UEMOA im Mai 1997 (s. dazu Kap. 5) hatte, angesichts der damit verbundenen teilweisen Aufgabe der mühsam durch den Befreiungskampf erlangten nationalen Souveränität in Währungs- und Wirtschaftsfragen, nicht nur nach der Einschätzung Vieiras eine ähnlich große Bedeutung für sein Land wie die einseitige Erklärung der Unabhängigkeit 1973 (Koudawo 1997:220).

2.3 **Das lusophone Klientelnetzwerk: zur Ideologie des *Lusotropicalismo***

Die am 17.07.1996 gegründete CPLP (*Communidade dos Países de Língua Portuguesa*) unterschied sich sowohl in der Zielsetzung als auch in den zur Verfügung stehenden Ressourcen wesentlich von entsprechenden Institutionen der Frankophonie oder des Commonwealth. Die Legitimation der portugiesischsprachigen Gemeinschaft war angesichts der beschränkten, extrem ungleich über die Mitgliedsländer verteilten Ressourcen, mehr noch als die der CFA-Zone, durch ambitiöse überwiegend unrealistische Ziele und Absichtserklärungen gekennzeichnet. Dies gilt insbesondere für die wirtschaftspolitischen Ziele (Zollunion, gemeinsamer Markt, Wirtschaftsintegration), aber auch für die der Außenpolitik (CPLP als Bindeglied und Vermittler zwischen Europa, Afrika und Lateinamerika), hinter denen sich handfeste informelle Politik- und Wirtschaftsinteressen strategischer Gruppen der Mitgliedsländer (analog den *Messieurs Afriques* der Frankophonie) verbargen. Politische Zielsetzung waren neben der gemeinsamen Pflege des portugiesischen Sprachgutes und der Kultur, die Abstimmung der Außenpolitik der sieben Mitgliedsländer, die durch gemeinsames abgestimmtes diplomatisches Auftreten auf der Bühne der internationalen Beziehungen ein größeres Gewicht erlangen wollen, wie die Generalsekretäre der lusophonen Parlamente noch am 28.02.00 auf ihrer zweiten Tagung seit Bestehen der CPLP in Luanda bekräftigten (PANA, 01.03.00). Dies galt insbesondere hinsichtlich der Durchsetzungschancen der Forderungen nach verstärkter multilateraler Entwicklungshilfe der EU, des IWF und der Weltbank für die portugiesischsprachigen Länder Afrikas (s. dazu Kap. 5). Zweitens wurde intensivierte Kooperation auf verteidigungspolitischem, wirtschaftlichem,

gesellschaftlichem, kulturellem, rechtlichem und technisch-wissenschaftlichem Gebiet angestrebt. Der Ruf nach engerer Zusammenarbeit richtet sich ausdrücklich nicht nur an die beteiligten Staaten, sondern auch an die Zivilgesellschaft (Castro 1998:138-150).

Die Gemeinschaften der CPLP, des Commonwealth und frankophone Institutionen wie die F CFA-Zone, bezogen im übrigen ihre Legitimation in sehr unterschiedlichem Maße aus der kolonialen Vergangenheit. Die CPLP hielt sich zugute, aus dem freien Willen unabhängiger Staaten geboren zu sein, während die anglo- und frankophonen Bündnisse den betroffenen Staaten bereits zur Kolonialzeit aufgezwungen worden seien. Weiterhin spielten bei der Begründung der gemeinsamen Interessen der CPLP Versatzstücke aus der portugiesischen Kolonial-Ideologie des "*Lusotropicalismo*" des brasilianischen Ideologen Gilberto Freyre (1900-1987) immer noch eine beträchtliche Rolle (s. Lusotopia 1997). Demnach unterscheidet sich der Kolonialismus Portugals grundlegend von dem Frankreichs oder Englands durch die stärkere Mischung, Assimilation und weitgehendere Gleichberechtigung der "Rassen" und Kulturen von Kolonialherren und Kolonisierten. In Bezug auf Afrika war diese Auffassung von Anfang an stärker umstritten als in Brasilien. Gleichwohl gestand selbst Amílcar Cabral noch in Zeiten des guineischen Befreiungskampfes ein, daß er selbst, wie praktisch die gesamte Elite des portugiesischsprachigen Afrika, meist unbewußt, stark von der durch den faschistoiden *Estado Novo* Portugals propagierten Ideologie des *Lusotropicalismo* geprägt worden waren. Dieser Einfluß ist, wie weiter unten dargestellt werden soll, bis heute, sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit Portugals gegenüber seinen afrikanischen Partnern als auch in der deutlichen Abgrenzung gegenüber konkurrierenden Blöcken, deutlich spürbar (Lucas 1997:237; Oppenheimer, 1997:473).

2.4 **Ineffektive Krisenprävention durch luso- und frankophones Blockdenken**

Die im folgenden skizzierte Konkurrenz der CPLP und Portugals einerseits, und der UEMOA bzw. der frankophonen Fraktion in der ECOWAS und Paris andererseits, um Vorherrschaft bei der Konfliktschlichtung in Guinea-Bissau ist ein aktuelles Beispiel für Destabilisierung und Ressourcenverschwendung durch konkurrierende Netzwerke in- und ausländischer strategischer Gruppen.

Nach dem Putsch Ansumane Manés am 7. Juni 1998 beschlossen die Verteidigungsminister der CPLP-Staaten am 21.7.98 auf einem Treffen in São Julião da Barra (nahe Lissabon) die Aufstellung einer gemeinsamen schnellen Eingreiftruppe zur Konfliktschlichtung sowie die Gründung eines Zentrums für strategische Analysen mit Hauptsitz in Maputo (ARB, Juli 1998:13170/71). Diese lusophone "Friedensstreitmacht" stand in direkter Konkurrenz zu bereits existierenden regionalen Konfliktpräventions-Initiativen, insbesondere der ECOWAS/ECOMOG und paralleler Initiativen der sieben frankophonen Staaten Westafrikas. Letzteres betraf insbesondere die am 26.4.98 gegründete *Force de paix de l 'ANAD (Accord de Non-Agression et d' Assistance en Matière de Defense*) sowie die im Oktober 1997 gegründeten franko-afrikanischen "Friedensstreitmacht" RECAMP (*Renforcment des Capacités Africaines de Matien de la Paix),* an deren Manövern *Guidimakha ´98* im Februar 1998 im Länderdreieck Senegal, Mali Mauretanien, neben französischen Truppen auch Truppen aus den acht UEMOA-Staaten, einschließlich Guinea-Bissaus teilnahmen.

Chronik einer ineffektiven Krisenprävention mit einer „*hidden agenda*“:

Am 3./4. 7. 98 beschloß die ECOWAS in Abidjan auf Initiative der frankophonen Mitgliedstaaten, das Mandat der ECOMOG auf Guinea-Bissau auszudehnen. Die CPLP preschte jedoch vor und vermittelte drei Wochen später (am 26.7.98) ein Übereinkommen der streitenden Parteien. Am 19.8. verkündet Lissabon die formelle Vereinigung der Friedensbemühungen der CPLP und der ECOWAS. Beide Gruppen verfolgten aber informell

weiter ihre eigenen Interessen. Am 26.8. wurde in Praia (Kapverden) das erste Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Ab 9.10. flammten die Kämpfe wieder auf; die Rebellen unter A. Mané kontrollierten praktisch das gesamte Hinterland. Am 1.11.98 unterzeichneten die streitenden Parteien auf dem ECOWAS-Gipfel in Abuja ein Friedensabkommen, das den Rückzug der in der Bevölkerung wegen grober Menschenrechtsverletzungen besonders verhaßten senegalesischen Besatzertruppen und den Einsatz von 1.450 ECOMOG-Soldaten aus überwiegend frankophonen Mitgliedsländern (Benin, Niger, Togo und Gambia) vorsah. Das guineische Parlament beschloß am 27.11.98 und 4.12.98 bei neun Enthaltungen, ohne Gegenstimmen die Absetzung Vieiras wegen wiederholten schweren Verfassungsbruchs, insbesondere wegen der Aufforderung an senegalesische und guineische Truppen, ihn in seinem Kampf zur Machterhaltung zu unterstützen ohne vorher die Zustimmung des Parlaments einzuholen (bei Stimmenthaltung der neun Abgeordneten der PAIGC; Marchés Tropicaux, 4.12.98:2543). Der Staatspräsident blieb jedoch mit externer Unterstützung (insbesondere der ECOWAS) im Amt. Er mußte allerdings einen Teil seiner Macht an eine Übergangsregierung abgeben. Auf Druck der ECOWAS kam am 8. Dezember eine Übergangsregierung unter Vieira und dem ihm antagonistisch entgegenstehenden Ministerpräsident Francisco Fadul, einem PAIGC-Mitglied, persönlicher Freund A. Manés und ziviler Berater der Militärjunta, zustande.

Ende Dezember 1998 trafen 110 togoische Soldaten als Vorauskontingent der ECOMOG in Bissau ein. Mitte Januar 1999 begannen Senegal und Guinea mit dem Rückzug ihrer Truppen, der allerdings erst nach erneutem Aufflammen der Kämpfe am 16.3. abgeschlossen wurde. Anfang Februar brachen die Kämpfe erneut aus, wobei eine vor Bissau auf Reede liegende französische Fregatte, die *Sirocco*, die Ende Januar die ECOMOG-Truppen aus Bissau evakuieren sollte, von Fadul und der Junta unter Leitung Manés beschuldigt wurde, auf der Seite Vieiras in die Bekämpfung der Rebellenpositionen in Bissau eingegriffen zu haben (Gaillard, 1999:49). Vieira, der frankophonen Position verpflichtet, kündigte dagegen die technische und militärische Zusammenarbeit mit Portugal wegen angeblicher einseitiger Parteinahme für die Junta im Februar auf. Am 16.4. stimmte das Parlament mit großer Mehrheit (74, von 90 anwesenden stimmberechtigten Abgeordneten) für die Anklage des Staatspräsidenten wegen Kriegsverbrechen.

Am 6.5.99 brachen die Kämpfe zwischen den verfeindeten Fraktionen erneut aus, da sich Vieira entgegen der getroffenen Vereinbarungen weigerte, die Präsidentschaftsgarde durch die 600 Mann der ECOMOG-Truppen entwaffnen zu lassen, sondern im Gegenteil, zusätzlich junge Milizionäre (die *Aguentas*) aus den Ethnien der Papels und der Bijagos zu seinem Schutz rekrutierte. Vieiras Schutztruppen und politischen Gefolgsleute wurden daher am 6.5. von der Junta in die Flucht geschlagen bzw. festgenommen und der ECOMOG übergeben. Eine aufgebrachte Menge brandschatzte den Präsidentenpalast. Vieira flüchtete zunächst in die senegalesische, dann in die portugiesische Botschaft (Gaillard 1999:49). Am 14.5.99 übernahm Malam Bacai Sanhá das Amt des Interimpräsidenten. Die Zustimmung der Junta zur Ausreise Vieiras wurde u. a. vom damaligen frankophonen Vorsitzenden der ECOWAS, Eyadéma, auf einer Sitzung in Lomé am 6.6. gefordert und angeblich als Bedingung verknüpft mit der Freigabe von EZ-Geldern der Geber in Höhe von U.S.$ 200 Mio. (Gaillard 1999:50). Vieira selbst floh ins politische Asyl, über Gambia zunächst nach Frankreich, drei Wochen später nach Lissabon.

3. Fehlgeleitete Entwicklungshilfe unterstützt illegitime Herrschaft

Guinea-Bissau hing seit seiner Unabhängigkeit wie kaum ein anderes Land Afrikas am Tropf der Entwicklungshilfe. Die opportunistische Entwicklungszusammenarbeit der Geber mit dem Vieira-Regime hat dabei all zu oft nicht nur ihre eigenen erklärten Ziele verraten sondern auch wesentlich zum Verrat der Ideale der guineischen Revolution und zur Spaltung der

gesellschaftspolitisch relevanten Kräfte der Gesellschaft beigetragen, wie im folgenden erläutert wird. Eine maßgeblich von den Gebern mit zu verantwortende kontraproduktive Entwicklungspolitik hat über zwei Jahrzehnte die Herrschaft eines autokratischen zunehmend dem Volk entfremdeten korrupten Regimes gestützt, wie im folgenden gezeigt werden soll.

3.1 **Fakten zur Abhängigkeit des Staates von der Entwicklungshilfe**

Der Gegenwert der Entwicklungshilfe an Guinea-Bissau (staatliche Entwicklungshilfe (ODA), plus bi- und multilaterale Budgethilfe) lag 1995 mit 54% aller Staatseinnahmen (inkl. ODA) weit höher als die regulären nationalen Fiskaleinnahmen aus Besteuerung und Abgaben (Agiuar, 1997:72; 1988 betrug die ODA 168% des *Central Government Income*; s. Bierschenk et al. 1993). Die Entwicklungshilfe an die Regierung in Bissau entsprach 67,5% des BIP oder dem Gegenwert von 122% der Importe (Senegal: 11,6%, und Guinea: 28,1% der Importe). Pro Kopf der Bevölkerung lag die Entwicklungshilfe 1997 mit US $ 164 doppelt bis dreifach höher als in den Nachbarländern Senegal ($ 68) oder Guinea ($ 44; s. "*World Development Indicators 1998*", World Bank, 1998).

Das Regime "Nino" Vieiras nutzte die EZ nicht für eine nachhaltige Entwicklung des Landes, sondern zur eigenen Bereicherung, Korruption und Mißwirtschaft (s. Augel 1998:26,31,37; Gaillard 1999:55; Sjölander 1997) ([5]). Die Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung durch nationale "Entwicklungsmaßnahmen", besonders auf dem Lande, übertraf stellenweise die der portugiesischen Kolonialherren in den 1940er und 1950er Jahren (s. Kohnert 1988; Augel 1998:31). Das Regime lebte außerdem in verantwortungsloser Weise "auf Pump" zu Lasten zukünftiger Generationen, als Indikator dafür dient das Faktum, daß Guinea-Bisssau zu den 36 am höchsten verschuldeten Ländern der Dritten Welt gehört. Bis 1995 hatte sich die gesamte Staatsverschuldung auf 262% des BIP akkumuliert; knapp zwei Drittel (62%) der gesamten Staatsausgaben waren durch den Schuldendienst gebunden.

Diese Zweckentfremdung der Entwicklungshilfe wäre nicht möglich gewesen ohne die tatkräftige Mithilfe ideologisch verblendeter oder machiavellistischer Geber jeder *couleur*, die sich zudem mehr oder weniger plump gegeneinander ausspielen ließen, im Bestreben ihren Einfluß zu mehren oder zu erhalten: Dies betraf zunächst (ab 1974), unter den Vorzeichen der (später gescheiterten) zentralistischen Planwirtschaft der Regierung in Bissau, maßgeblich verschiedene Staaten des Ostblocks. Zehn Jahre später, unter Vieira, bei gradueller Liberalisierung und vorgeblicher Akzeptanz verschiedener Strukturanpassungsprogramme seitens der guineischen Regierung (deren Nichteinhaltung bis 1997 nie konsequent sanktioniert wurde), begingen Schweden, Niederlande, Deutschland, sowie ab 1983 zunehmend multilaterale ODA von IWF, EU und Weltbank die gleichen Fehler. Aber auch wohlmeinende NROs (wie "Dienste in Übersee"), hielten die Augen jahrelang vor offensichtlicher Zweckentfremdung ihrer Mittel verschlossen.

3.2 **Entwicklungszusammenarbeit: Bissaus Schaukelpolitik zwischen Paris und Lissabon**

In der jahrzehntelang diskutierten Frage, ob Portugal sich mehr seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien (letzter repräsentieren ca. 1/7 des Wirtschaftspotentials der frankophonen afrikanischen Kolonien, s. Michel 1998) oder Europa zuwenden sollte, hatte sich das Land mit dem EU-Beitritt wirtschaftspolitisch eindeutig für Europa entschieden. Der Anteil des Außenhandels Portugals mit den Mitgliedstaaten der ehemaligen portugiesischsprachigen afrikanischen Kolonien (PALOP) ging kontinuierlich zurück von

---

[5] Nach eigenen Angaben besaß Fadul Beweise dafür, daß Staatspräsident Vieira in den 20 Jahren seiner Herrschaft nicht nur Regimegegner foltern und ermorden ließ, sondern auch widerrechtlich Staatsgelder in Höhe der guineischen Staatsschuld (ca. $ 920 Mio.) für sein Privatvermögen abgezweigt habe; Fadul-Interview mit der portugiesischen Zeitung *Expresso* v. 5.12.99; SWB 10.12.98, A10-11. Der Präsident des guineischen Unternehmerverbandes, Samba Lamin Mané, charakterisierte die 18 Jahre des Vieira-Regimes am 16.12.98 in Bissau mit den Worten: „Er hat den Staat wie sein Privateigentum geführt“ (Gaillard, 1999:54).

14,6 % (1973) auf 2,8% (1998) bei den Exporten (80% in die EU) und von 9,65 auf 0,1% bei den Importen (Jeune Afrique, 18.01.00:69). Der Anteil der PALOP an den privaten ausländischen Direktinvestitionen Portugals reduzierte sich innerhalb zweier Jahrzehnte auf ein Zehntel, er sank von 26,8% (1971-74) auf 2,4% (1991-94; Oppenheimer 1997:470-71). Dies entsprach dem allgemeinen Trend der Marginalisierung Afrikas auf dem Weltmarkt. Als ärmstes Geberland der EU, und angesichts zunehmender Ansprüche konfliktfähiger Gruppen der portugiesischen Bevölkerung, hatte die Regierung in Lissabon wenig Verständnis für substantielle Aufstockung der Entwicklungshilfe Portugals an die ehemaligen Kolonien.

Dadurch, daß sich die relativ geringe Entwicklungshilfe Portugals (1995, ca. 0,25% des BIP) so gut wie ausschließlich auf seine ehemaligen portugiesischsprachigen afrikanischen Kolonien beschränkte und letztere nur stark eingeschränkten Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten hatten, behielt hier Portugal trotzdem ein relativ hohes Gewicht. Knapp 20 Ministerien spielten bei der Vergabe der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit eine Rolle, u. a. das Außenministerium (27,3%), Finanzministerium (50%), Verteidigung (4,4%) sowie die Présidence (5,5%; Jeune Afrique, 18.01.00:72), was zur von der OECD bemängelten extremen Undurchsichtigkeit der verschiedenen Hilfsprogramme beitrug. 97% der Hilfe floß 1995 an die fünf ehemaligen Kolonien im SSA, wobei Guinea-Bissau Hauptempfänger war, noch vor Mosambik und Angola (s. Michel 1998:545). Allerdings schwankte die Hilfe für die PALOP sowohl im Gesamtumfang als auch in der Verteilung auf Länder und Sektoren von Jahr zu Jahr sehr stark. Durchschnittlich lag sie in den letzten Jahren bei 30-40 Mrd Esc. (ca. 1 Mrd. FF), wovon Mosambik und Angola mit 15 und 5 Mrd. vor Guinea-Bissau (2,84 Mrd Esc.) den Löwenanteil erhielten. In Bezug auf Guinea-Bissau war Portugal jedoch 1998 nicht einmal mehr unter den bedeutendsten 10 bilateralen Gebern vertreten.

Entgegen seiner offiziellen Außendarstellung fördert Portugals Entwicklungshilfe nicht vorrangig die Pflege der gemeinsamen Kultur, Ausbildung und sozialen Infrastruktur (insgesamt 16,4% der gesamten EZ, im Vergleich zu über 20% Frankreichs, Michel 1998:545), sondern es subventioniert in erster Linie seine privatwirtschaftlichen Interessen in diesen Ländern. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit diente ebenso wie die portugiesischen Investitionshilfen in erster Linie dazu, portugiesische Unternehmen, wie den Baukonzern Somague in Mosambik und Angola, oder Transport- und Telekommunikationsunternehmen in Guinea-Bissau, bei strategisch wichtigen Projekten in diesen Ländern zu unterstützen (Jeune Afrique, 24.01.00:69).

Dementsprechend empfand die Regierung in Lissabon den ab Mitte der 1980er Jahre wachsenden Einfluß der Frankophonie in Guinea-Bisssau oder des Commonwealth in Mosambik als unzulässigen Einbruch in ihre angestammte "*chasse gardée*". Letzteres um so mehr, als die Regierung in Bissau 1987 zum ersten Mal die Aufnahme in die F CFA-Zone beantragte, was innerhalb der politischen Klasse Bissaus heftig umstritten war (s. unten). Allerdings zog die Regierung ihren Antrag am 2.1.90 vorläufig zurück weil sich die Mitglieder der Zone nicht darauf einigen konnten, die ohnehin schon vor der Abwertung von 1994 massiv gefährdete Stabilität des F CFA durch die Aufnahme eines neuen Konkurrenten um die knappen Mittel weiter zu schwächen. Da der guineische Peso aber dringend einer Anlehnung an eine stärkere Währung bedurfte, wandte sich Bissau nun wieder an die Portugiesen um Hilfe. Letztere willigten ein, durch den garantierten Umtausch von lokaler Währung in Escudos im Gegenwert von jährlich bis zu $ 10 Mio. den Peso zu stützen und so einer begrenzten Konvertibilität einen Schritt näher zu kommen.

Frankreich beschloß zu Beginn des Jahres 1990 knapp die Hälfte (FF 10 Mio.) der bilateralen Schulden zu erlassen. Im September unterzeichneten beide Seiten drei Kooperationsabkommen im Gesamtwert von FF 17 Mio. für ländliche Entwicklung, Rundfunk und zum Aufbau eines französich-guineischen Kulturzentrums in Bissau. Die Schaukelpolitik zwischen den beiden großen Gebern Portugal und Frankreich setzte sich fort

mit der Beteiligung an der international umstrittenen französischen "Friedensmission" in Rwanda. Vieira hatte im Juli 1994 auf Bitten der Franzosen 35 guineische Soldaten für die *Opération turquoise* der Franzosen und später zusätzlich 150 Soldaten für die UN-Friedensmission (UNIMIR II) bereitgestellt, nicht zuletzt, um nach der Abwertung des CFA die Zustimmung der französischen Regierung zum Beitritt zur CFA-Zone zu erkaufen. Vieira hatte bereits im August 1993 - zum Ärger portugiesischer Wirstschaftskreise - die Aufnahme in die CFA-Zone erneut beantragt. Auch der Besuch des guineischen Premierministers in der Côte d´Ivoire am 1.9.94 war gekennzeichnet, durch die Bemühungen, Unterstützung für die Aufnahme in die *Union Economique et Monetaire Ouest-Africaine* (UEOMA) zu erhalten . Am 13.11.94 wurden die Beitrittsverhandlungen zwischen Guinea-Bissau und der UEOMA wieder aufgenommen. Am 10.1.94 beantragte Bissau außerdem die Mitgliedschaft in der französisch dominierten Fluggesellschaft *Air Afrique*. Dem Antrag wurde stattgegeben, was Proteste in Portugal auslöste; nach inoffiziellen Angaben wäre die *TAP-Air Portugal* bereit gewesen, $ 3,5 Mio. in Guinea-Bisssau zu investieren, während die "Aufnahmegebühr" für den Beitritt zur *Air Afrique* auf $ 9 Mio. geschätzt wurde, deren Teilfinanzierung angeblich durch Frankreich in Aussicht gestellt wurde. Am 20.4.94 begann der französische Sender *Radio France International* (RFI) auf UKW von Bissau aus zu senden; das UKW-Netz von RFI, das angeblich 75% des Territoriums abdeckt, galt als Teil des Dezentralisierungsprogramms der guineischen Regierung; RFI war die erste Radiostation des Landes außerhalb guineischer Regierungskontrolle. Frankreich, Portugal, die USA und sogar China trugen im Rahmen der Demokratisierungshilfe zum erfolgreichen Verlauf der Wahlen von 1994 bei, der von diesen Mächten ausdrücklich begrüßt und als ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg zur Demokratisierung gewürdigt wurde.

Mit Portugal wurde am 22.9.95 ein dreijähriger Kooperationsvertrag über die Durchführung von 80 Entwicklungsprojekten vereinbart. Portugiesische Firmen sollten u. a. den Ausbau des Hafens von Buba zu einem Tiefwasserhafen übernehmen. Die UEMOA-Länder Guinea, Mali und Burkina Faso waren an den Planungen beteiligt, da sie beabsichtigen Buba ebenfalls als Exporthafen zu nutzen. Ein Treffen zu diesem Thema auf ministerieller Ebene, fand am 28.12.95 in Bissau statt. Die Beziehungen zu Frankreich wurden weiter intensiviert, was die Opposition zu Protesten veranlaßte, da sie gegen die Einräumung von bevorzugten Handelsbeziehungen gegenüber Frankreich war. Frankreich leistet umfangreiche Zahlungen in Höhe von ca. $ 30 Mio. in den Bereichen innere Sicherheit und Lehrerausbildung. Im Zuge des Staatsbesuchs Präsident Vieiras in Frankreich kam es am 17.11.95 zu dem ersten Treffen, zwischen ihm und dem neuen französischen Präsidenten Chirac.

Die Beziehungen zu Frankreich verbesserten sich weiter, im März 1996 wurde bekannt, daß Paris die militärische Ausbildung für Eliteeinheiten sichern wollte. Im Zentrum der bilateralen Verhandlungen standen aber die Verhandlungen um einen Beitritt in die westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion UEMOA. Dieser Schritt war in Bissau selbst nicht unumstritten. Das zunächst geplante Beitrittsdatum zum 1.1.97 konnte wegen einer nicht erfolgten, notwendigen Verfassungsänderung nicht realisiert werden und wurde zunächst auf den März 1997 verschoben. Teile der Opposition und der Regierungspartei hatten sich dagegen ausgesprochen, da ein Bericht der Wirtschafts- und Finanzkommission des Parlaments das Land noch nicht als reif hierfür erachtet hatte. Bei der entscheidenden Abstimmung am 27.11.96 gab es neben drei Gegenstimmen weiterhin 21 Enthaltungen, was eine anhaltend kritische Einstellung von knapp einem Viertel der 100 Abgeordneten bedeutete. Neben wirtschaftlichen spielten ideologische Gründe (Aufgabe der eigenen Währung, zu starke Abhängigkeit von der Frankophonie) für die Ablehnung eine Rolle. Ein Hindernis für den Beitritt stellte auch eine Währungsvereinbarung mit Portugal von 1989 dar, die nun annulliert wurde, sowie die hohe Verschuldung Guinea-Bissaus gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht. Lissabon erklärte sich

bereit, bis zum 31.3.1997 die Schulden der Zentralbank in Höhe von $ 2,5 Mio. gegenüber dem Staat um zwei Drittel zu verringern, während die Hälfte der $ 12,1 Mio. Schulden bei Privatunternehmen in längerfristige Kredite umgewandelt wurden. Der Beitritt in die UEMOA wurde des weiteren durch einen Besuch Vieiras in Brüssel im November, seine Teilnahme am franko-afrikanischen Gipfeltreffen Anfang Dezember in Ouagadougou und eine Einigung über die Finanzpolitik mit IWF und Frankreich (27.12.97) vorbereitet.

Bei seiner Begegnung mit Präsident Vieira in Bissau am 24.1.97 versuchte der französische Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jacques Godfrain, mit seiner Erklärung, der Eintritt in die UEMOA als achtem Mitglied bewirke keinen Interessenkonflikt mit der ehemaligen Kolonialmacht Portugal, sondern sei eine innere Angelegenheit der Mitgliedsländer der CFA-Zone, der Kritik der Lusophonie den Wind aus den Segeln zu nehmen. UEMOA-Präsident, Moussa Touré, gab am 20.2.97 in Ouagadougou bekannt, Guinea-Bissau habe mehrere Dutzend Milliarden F CFA Unterstützung von der internationalen Gebergemeinschaft (EU, IWF, Weltbank, Frankreich und Schweden) erhalten, um die wirtschaftlichen Eintrittsbedingungen in die CFA-Zone zu erfüllen. Allein die Kosten der Währungsumstellung bezifferte der Gouverneur der BCEAO auf F CFA 6 Mrd.. Guinea-Bissau trat am 17.4. der CFA-Zone als 15. und erstes lusophones Mitglied bei und stellte am 2. Mai 1997 die Währung vom guineischen Peso auf den Franc CFA um.

Die Zerstörungen im Rahmen des ein Jahr später ausbrechenden kriegerischen Konfliktes verursachten eine weitere Belastung und tiefgreifende Krise der Wirtschaft und der Staatsfinanzen. Die von Fadul und der UNDP am 4. / 5. Mai 1999 einberufene Geberrunde in Genf bezifferte die für den Wiederaufbau notwendigen Mittel auf $ 225 Mio.; 90 Mio. sollten noch im gleichen Jahr zur Verfügung gestellt werden. Die meisten Geber hielten sich aber nicht an ihre Zusagen, sondern warteten erst einmal die Wahlen im November ab (Marchés Tropicaux, 28.01.00:137; EIU, 2000.1:25). Der im September 1999 veröffentlichte jährliche Bericht der *Banque de France* zur Wirtschaftslage der Franc-Zone von 1998 sprach von einer Reduktion des BSP im Jahre 1998 um 28% (EIU, 2000.1:30). Die Entwicklungshilfe (*grants*), die normalerweise etwa die Hälfte der laufenden und Kapitalausgaben des Staates finanzierte, sank 1998 von F CFA 20 Mrd. auf 3,9 Mrd. weil viele Geber bereits zugesagte Mittel erst einmal zurückhielten. Auch die Steuer- und die übrigen Staatseinnahmen gingen infolge des Krieges stark zurück. Die im Januar 1999 offiziell installierte Übergangsregierung konnte daher ihr Bemühen um Krisenprävention, z. B. mittels ihrer Versprechen, den Sold der im Zuge des kriegerischen Konfliktes von 6.000 auf 15.000 Mann aufgestockten Armee um 300% anzuheben ebensowenig einlösen wie die Anhebung des Mindestlohns von F CFA 9.000 auf 43.500. Protestdemonstrationen von Soldaten, die im Dezember für mehrere Tag die Hauptstadt weitgehend lahm legten, weckten Befürchtungen eines Armee-Putsches, analog der Entwicklung in Abidjan. Im November 1999 gewährte die IDA/Weltbank einen Wiederaufbaukredit von $ 25 Mio.; der IWF, die EU und Portugal verpflichteten sich zu ergänzender Hilfe. Im Oktober sagte Lissabon ein Soforthilfeprogramm in Höhe von 8 Mrd. Esc. zur wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung für die Periode 1999-2001 zu; 3 Mrd. davon sollten noch 1999 bereitgestellt werden (davon 1 Mrd. zum Wiederaufbau portugiesischer Unternehmen in Bissau, deren Infrastruktur von den Kriegsereignissen geschädigt worden war (DW-Monitordienst, 26.10.99:1). Frankreich hatte während des Konfliktes die EZ ausgesetzt und wollte letztere erst wieder aufnehmen, wenn das Botschaftspersonal nach Bissau zurückgekehrt und Neuwahlen abgehalten worden seien; während der Kämpfe in Bissau waren die Botschaft sowie das neue französische Kulturzentrum zerstört worden (EIU, 2000.1:29).

4. Nachbarschaftsstreitigkeiten verschärfen bestehende strukturelle außenpolitische Konflikte: Bissaus außenpolitische Beziehungen zu Senegal und Guinea-Conakry

Überschneidend, aber zum Teil konfligierend mit den Interessen des Klientelnetzwerkes der *Messieurs Afrique*, spielten die widerstreitenden Interessen antagonistischer strategischer Gruppen im Senegal (Casamance vs. Dakar) und in Guinea-Conakry eine wesentliche Rolle bei der Eskalation der guineischen Krise.

4.1 **Senegal**

Zwischen den Völkern des südlichen Senegal und Guinea-Bissaus gab es bereits seit vorkolonialer Zeit enge Verbindungen (s. o.). Nach anfänglicher Zurückhaltung wegen Rücksichtnahme auf die Position Frankreichs (s. o.) und befürchteter Konflikte mit der portugiesischen Besatzungsmacht, unterstützte Dakar den guineischen Befreiungskampf eher halbherzig. Zunächst auf Seiten der "gemäßigten" *Frente da Luta pela Independênçia de Guiné-Bissau* (FLING), zu der enge politische, sprachliche und ethnische Verbindungen bestanden, später auch auf Seiten der PAGIC. Ende der 1960er Jahre fanden über 60.000 Guineer im Senegal, überwiegend in der Casamance, Zuflucht. Die Regierung in Dakar tolerierte Waffenlieferungen über senegalesisches Territorium an die Befreiungsbewegungen und sah sich deswegen mehrfach grenzüberschreitenden Angriffen der portugiesischen Kolonialtruppen ausgesetzt.

Ab der Unabhängigkeit 1974 führte die mehr oder weniger offene Unterstützung der separatistischen Bewegung in der Casamance durch Bissau zu immer wieder aufflammenden Konflikten mit der Regierung in Dakar. Viele der "alten Kämpfer" in Bissau fühlten sich dem bereits 1947 gegründeten *Mouvement des forces démocratiques de Casamance* (MFDC) wegen der historisch gewachsenen Verbindungen zwischen den Völkern im Befreiungskampf verpflichtet. Ein Treffen zwischen dem guineischen Staatschef Luíz Cabral mit Führern der MFDC in São Domingo, 1980, kurz vor dem Sturz Cabrals durch Vieira, nährte in Dakar Befürchtungen vor einer Achse Banjul-Bignona-Bissau (*Fédération du Gabou*), die eine Abspaltung der Casamance vom Senegal und eine Vereinigung der Casamance mit Gambia und Guinea-Bissau anstrebte. Als langfristiges Ziel hat die MFDC die Federation von Gabú, anknüpfend an die Tradition des alten Königreichs von Gabú aus dem 16. Jahrhundert, anscheinend bis heute aufrechterhalten (Ostheimer 2000:116). Die Entdeckung von *off-shore* Erdölvorkommen in der Grenzregion 1982, zum Zeitpunkt der Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes der MFDC, verstärkte diese Befürchtungen. Im März 1993 kehrte der damalige Führer der MFDC, l 'Abbé Diamacoune Senghor, durch Vermittlung Vieiras aus dem Exil in Guinea-Bissau in die Casamance zurück. Am 6.7.93 unterzeichnete die MFDC in Ziguinchor mit Dakar ein Waffenstillstandsabkommen. Frankreich unterstützte Dakar in der Ansicht, daß die Casamance historisch gewachsener fester Bestandteil der senegalesischen Nation sei. Die Beziehungen Bissaus zu der Regierung in Dakar wurden durch die Bombardierung der Grenzstadt Ponta Rosa durch senegalesische Truppen im Rahmen der Aktionen gegen die Separatisten der Casamance am 10.2.95 getrübt. Auf guineischer Seite waren ein Toter und mehrere Verletzte zu beklagen. Die Verstimmung konnte aber durch eine persönliche Entschuldigung des senegalesischen Präsidenten A. Diouf im Laufe seines Staatsbesuches in Bissau im März beigelegt werden. Erneut bekräftigte die guineische Seite, daß die separatistischen Bestrebungen der Aufständischen in der Casamance nicht unterstützt und deren Aktivitäten auf dem Territorium Guinea-Bissaus nicht geduldet würden. Die Zahl der Flüchtlinge aus der Casamance, welche in Guinea-Bissau Zuflucht fanden, erhöhte sich auf 25.000.

Zu dieser Zeit lebte auch der alte Grenzstreit zwischen Senegal und Guinea-Bissau wieder auf. Am 21.03.91 reichte Guinea-Bissau Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein, die schließlich am 12.11.91 entschieden wurde: Die Richter bestätigten die Gültigkeit des Abkommens über die maritime Grenzziehung zwischen Frankreich und Portugal vom 26.04.60, was einem Sieg Senegals gleich kam. Für die Nutzung der Fischvorkommen in den umstrittenen Grenzgebieten wurde am 12.6.95 eine Regelung ausgehandelt, die den

beiden Ländern jeweils einen 50% Anteil an den Erträgen zugestand. Im November wurde ein weiterer Vertrag zwischen den beiden Ländern geschlossen, welcher eine militärische Zusammenarbeit, vor allem in Fragen der Grenzsicherheit vereinbarte. Dieser Vertrag wurde am 10. Dezember 1995 vom Parlament ratifiziert. Im Juni 1995 wurde nach längeren Verhandlungen außerdem ein Abkommen über die *off-shore* Erdölvorkommen mit dem Senegal vereinbart. Die Basis für diese Abkommen bildet der Schiedsspruch des internationalen Gerichtshofs in Den Haag von 1993, der bis dahin von Guinea-Bissau nicht anerkannt worden war. Die Erträge der Ausbeutung der *off-shore* Ölvorkommen sollten nach dem Schlüssel 85% für den Senegal 15% für Guinea-Bissau verteilt werden. Die guineische Opposition warf der Regierung Vieira daraufhin den Ausverkauf guineischer Interessen vor und blieb auch der Abstimmung über die Ratifizierung des Vertrags im Dezember fern. Eine der ersten außenpolitischen Amtshandlungen des am 16. Januar 2000 im zweiten Wahlgang mit knapp Dreiviertel-Mehrheit (72% der abgegebenen Stimmen) gewählten neuen Staatspräsidenten Kumba Yala (Ialá), der sich seit seiner Trennung von der PAIGC (1990) vehement für eine gerechtere Aufteilung ausgesprochen hatte, bestand daher darin, die Führung in Dakar mit Unterstützung des nationalen guineischen Erdölunternehmens Petroguin und anglophoner Erdölkonzerne zu einer Neuverhandlung der Verträge zu bewegen (Marchés Tropicaux, 18.02.00:264).

Mitte August 1999 klagte Guinea-Bissau außerdem Senegal und Guinea-Conakry vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag an, und zwar wegen der militärischen Unterstützung des Vieira-Regimes ab Juni 1998 und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes (PANA, 13.08.99). Senegals Staatspräsident Abdou Diouf verteidigte u. a. im Oktober 1999 vor der französischen Nationalversammlung in Paris die Intervention der ca. 2.200 senegalesischen Soldaten der *Force expéditionnaire* (FOREX) mit dem Hinweis auf militärische Beistandsabkommen vom Januar 1975 (im Juli 1990 erneuert) und dem Hinweis, daß "was in Guinea-Bissau geschah, nicht unabhängig von der Situation in der Casamance war" (PANA, 21.10.99). Damit spielte er offensichtlich auf die jahrelangen verdeckten Waffenlieferungen und anderweitige militärische oder logistische Unterstützung der MFDC durch guineische Militärs an, die in dem Bericht der vom guineischen Parlament am 27.02.98 eingesetzten Untersuchungskommission, weitgehend bestätigt worden waren. Der Bericht war nach langer Verzögerung am 13.04.99 veröffentlicht worden, und entlastete, zur Überraschung nicht nur der Machthaber in Dakar, den Junat-Chef A. Mané, während die Verantwortlichkeit für den Waffenhandel weitgehend Staatspräsident Vieira und seiner Entourage angelastet wurde (Gaillard, 1999:49). Im übrigen galt es als offenes Geheimnis, daß Senegals Intervention zugunsten Vieiras nicht zuletzt dem Ziel diente, die MFDC in die Zange zu nehmen und deren vermutete Rückzugslager im Norden Guinea-Bissaus „auszuräuchern“. Auch der am 21. März 2000 neu gewählte senegalesische Staatspräsident Abdoulaye Wade war sich - trotz aller Bekundungen über eine grundlegende politische Wende und der augenscheinlich angestrebten größeren Unabhängigkeit von der Frankophonie - darüber im klaren, daß der weiter schwelende Casamance-Konflikt ohne die Hilfe der daran beteiligten Parteien im In- und Ausland nicht zu lösen ist; er kündigte gleich nach seiner Wahl an, daß seine erste Auslandsreise ihn nach Bissau führen werde, um dort mit den Konfliktparteien Gespräche aufzunehmen (*Africa Analysis*, 24.03.00:3). Seine Bereitschaft, auch mit den militärischen Führern der MFDC in Bissau in Kontakt zu treten und sein im Wahlkampf gegebenes Versprechen, die senegalesischen Truppen in der Casamance abzubauen, zeugten von einer diplomatischeren Konfliktlösungstrategie als der unter Diouf verfolgten (s. Africa Confidential, 31.03.00:7). Auch das regionale Wahlergebnis Wades in Ziguinchor, der Hauptstadt der Casamance, wo Wade mit 20.259 seinen Rivalen (9.617 Stimmen) besiegte, sprachen für seine größeren Akzeptanz unter der Bevölklerung dieser Region.

4.2 **Guinea-Conakry**

Die sozialistische Regierung in Conakry unter dem auf Unabhängigkeit von Frankreich bedachten Sekou Touré unterstützte im Gegensatz zu Paris und Dakar vorbehaltslos seit dem Ende der 1950er Jahre die PAIGC, deren Befreiungstruppen hier auch ihre Rückzugsgebiete fanden. Lansana Conté, derzeitiger Staatspräsident in Conakry, war sogar zeitweilig einer der Kommandeure der guineischen Befreiungskämpfer in der Süd-Region Tombali (Gaillard, 1999:44). Er folgte im Juni 1998 dem Hilfeersuchen Vieiras auf der Grundlage eines Beistandsabkommens von 1990, aber auch, weil er die Entstehung eines neuen Konfliktherdes an Guineas Nordgrenze befürchtete, der die Flüchtlingssituation in dem ohnehin schon durch Flüchtlinge aus Sierra Leone und Liberia überlasteten Land weiter verschärfen konnte. Außerdem sagte man Conté eigene wirtschaftliche Interessen in Guinea-Bissau nach, weswegen ihm an einem guten Verhältnis zum Vieira-Regime lag. Die Opposition in Conakry forderte dagegen den sofortigen Rückzug ihrer 400 Soldaten aus Bissau, da sie deren Einsatz als nicht verfassungsgemäß ansah.

5. Beitritt zur Franc CFA-Zone als weiterer Faktor der Konflikteskalation

Parlamentarier der Opposition sowie große Teile der Bevölkerung standen dem von Vieira vorangetriebenen Beitritt zur CFA-Zone äußerst skeptisch bis ablehnend gegenüber. Dies betraf nicht nur die damit verbundenen Aufgabe wesentlicher Souveränitätsrechte. Von den Vorteilen, mit denen die Befürworter des Beitritts warben, wie Zugang zu einem überregionalen Markt, (in Grenzen) freie Konvertibilität der Währung, niedrige Inflationsrate, konnten die ärmeren Staaten der Gemeinschaft (wie Niger oder Guinea-Bissau) generell kaum profitieren, besonders für die ärmeren Schichten der Bevölkerung dieser Staaten, waren die angeblichen Vorteile aber entweder nicht von Belang oder sie standen mit einschneidenden Strukturanpassungsmaßnahmen in Verbindung, die besonders zu Lasten der Armen gingen (s. Koudawo 1997:222). Auch diejenigen Oppositionspolitiker, die den Beitritt nicht prinzipiell ablehnten, bemängelten die übertriebene Hast und die ungenügenden Vorbereitungen von Wirtschaft und Bevölkerung auf den Beitritt. Selbst Regierungsmitglieder, wie der damalige Außenminister da Silva, sahen in dem Beitritt eher ein notwendiges Übel (ibid) zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, insbesondere der galoppierenden Inflation und Entwertung des Peso ab 1984 (von 30,2 Peso per US$ (1976) auf 100:1 (1984), 2.000:1 (1990), 15.000:1 (1994) und 36.000:1 (1996), ibid.), als ein wirksames wirtschaftspolitisches Instrument zur Förderung nachhaltiger Entwicklung. Eine der wesentlichen Ursachen der Wirtschafts- und Währungskrise dieser Zeit, nämlich schlechte Regierungsführung, Patronage und Korruption (s. o.), wurden in diesem Zusammenhang von den Entscheidungsträgern im In- und Ausland, die dafür mitverantwortlich waren, zu diesem Zeitpunkt meist noch schamhaft verschwiegen.

6. Die von außen angestoßene Konflikt-Eskaltion provozierte eine Besinnung guineischer strategischer Gruppen auf ihre eigene Kraft

In einem Interview mit der einflußreichen portugiesischen Wochenzeitung *Expresso* konstatierte der neue guineische Ministerpräsident N´Tchama am 22.02.00, daß die Militärs, zwar in ihre Kasernen zurückgekehrt seien und keine Bedrohung des weiteren Demokratisierungsprozesses darstellten, ihnen aber gleichwohl in wesentlichen Fragen der Nation weiterhin Gehör geschenkt würde. Mit seinem Amtsantritt sah die Zeitung 25 Jahre eines „Übergangsprozesses unter der Herrschaft der PAIGC“ als definitiv beendet (Expresso, 22.02.00).

Ein zentrales Problem, das sich nach Gaillard (1999:53) in diesem Zusammenhang stellt, ist die Frage, ob die offensichtliche Aversion der Bevölkerung Bissaus gegenüber der Interventionspolitik der Frankophonie (s. z. B. Brandschatzung des französischen

Kulturzentrums und der Botschaft) ein Indikator dafür war, daß die Praktiken der *Messieurs Afrique* grundsätzlich nicht (oder zumindest heute nicht mehr) den Interessen des lusophonen Afrika entsprachen (*Lusotropicalismo vs Françeafrique)*, oder ob sie nur als ein vorübergehender Denkzettel an Paris und Dakar wegen der Unterstützung eines vom Volk verachteten Staatspräsidenten, der ausländische Truppen gegen die eigene Bevölkerung ins Land ruft, zu werten waren. Hatte im aktuellen Fall der franko-lusophonen Rivalität Portugal auf ganzer Linie gesiegt (so Gaillard 1999:53), oder war es eher ein Pyrrhussieg ?

Derzeit deutet einiges darauf hin, daß keiner der beiden externen Blöcke gesiegt hat. Vielmehr eröffnete die durch externe Kräfte angeheizte Konflikteskalation und der dadurch letztendlich bewirkte Sturz des diktatorischen Vieira-Regimes der guineischen Bevölkerung zum ersten Mal seit der Befreiung vom Joch der Kolonialherrschaft (1973) eine reelle Chance zur grundlegenden demokratischen Erneuerung. Auch wenn der Sturz Vieiras - anders als der unblutige Staatsstreich gegen das Kérékou-Regime in Benin, der die zweite Demokratisierungswelle in Afrika 1990 einleitete - mit erheblichen Opfern an Leib und Leben sowie massiven Kriegszerstörungen verbunden war, so bieten sich doch in hinsichtlich der Eröffnung neuer Entwicklungsperspektiven aus der Sicht der betroffenen gesellschaftspolitische relevanten Gruppierungen Parallelen zur Beniner Nationalkonferenz an. Organisationen der Zivilgesellschaft, wie der guineische Unternehmerverband, begannen sich von dem Meinungsdiktat der PAIGC zu befreien und sprachen sich z. B. Mitte Dezember 1998 offen für eine Absetzung Vieiras und gegen eine Teilung der Macht zwischen dem Staatspräsidenten und dem ihm antagonistisch gegenüberstehenden Ministerpräsidenten Fadul aus (Gaillard 1999:48). Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt der Rebellion war auch die Ausweitung des Informationsspektrums für breitere Bevölkerungsschichten, insbesondere aber für die Eliten, durch die Medien-Konkurrenz zwischen Junta und Vieira-Regime, zum Beispiel über die Radiosender der sich befehdenden Gruppen (z. B. *Radio Bombolom* der Junta), die unabhängige regierungskritische Zeitungen (wie *Banobero)* sowie das Internet (s. Achinger 1999:5). Diese Medienvielfalt trug wesentlich zur besseren politischen Information, Kontrolle und Kritik des jeweiligen politischen Gegners bei, die ergänzt wurde durch parlamentarische und außerparlamentarischen Untersuchungskommissionen, z. B. zur Korruption und zum Waffenhandel.

Das Ergebnis der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 28.11.99 und 16.01.00, bei denen die ehemalige Einheitspartei PAIGC im Rahmen eine weitgehend fairen und freien Mehrparteienwahl auf den dritten Platz verwiesen wurde, sprach ebenfalls für die Chance einer grundlegenden demokratischen Erneuerung. Die siegreiche „Partei der Sozialen Erneuerung“ (*Partido da Renovação Social,* PRS) und ihr Führer Kumba Yala genossen beträchtlichen Rückhalt in der Bevölkerung. Der neue Staatspräsident war als Angehöriger der Mehrheits-Ethnie der Balante und als populistischer charismatischer Führer in den ärmeren Schichten der Bevölkerung ebenso beliebt wie bei der einflußreichen Bewegung der *antigos combatantes* (Alten Kämpfer) aus der Zeit des Befreiungskrieges, die Kumba Yala noch als ideologischen Ausbildungsoffizier der PAIGC kennengelernt hatten. Der neue, am 24.01.00 eingesetzte Ministerpräsident einer „Regierung der Nationalen Einheit“, Dr. Caetano N´Tchama, war ein engagierter 38 Jahre junger Jurist, der sich als Innenminister unter der Interimregierung Faduls und als Direktor eines Inspektorats zur Bekämpfung der Korruption einen Namen gemacht hatte. Er setzte sich die Bekämpfung von Korruption und Menschenrechtsverletzungen als Hauptziele zu Beginn seiner Amtszeit (Africa Research Bulletin, Januar 2000:13829). Das klare Votum der Wähler konnte außerdem als Botschaft an die Militärs verstanden werden, wieder in ihre Kasernen zurückzukehren und ihren politischen Ambitionen, die sie noch Mitte 1999 unmißverständlich durch politische Manifeste zum Ausdruck brachten (u. a durch den Entwurf einer *magna carta*, die für eine Übergangszeit von zehn Jahren der Militärjunta erhebliche politische Entscheidungsmacht übertragen sollte, s. BBC/WB, 20.11.99:A10), abzuschwören. Kumba Yala hatte der Junta,

die den Gegenkandidaten der PAIGC, Malam Bacai Sanhá, bei den Wahlen unterstützte, jedenfalls von Anfang an unmißverständlich klar gemacht, daß er eine wie auch immer geartete institutionalisierte politische Beraterrolle des Militärs nicht akzeptierte, eine Position, die er mit zusätzlichem Druck durch die internationale Gebergemeinschaft auch durchsetzen konnte (Marchés Tropicaux, 28.01.00:136/37). Seine Absicht, sich nicht von parteipolitischen Interessen von seinen Aufgaben als Staatspräsidenten, der dem Wohl der gesamten Nation dienen soll, ablenken zu lassen, dokumentierte Yala im Mai 2000, als er anlässlich seines Besuchs des Obersten Gerichtshofes, des ersten Besuchs eines guineischen Staatspräsidenten seit der Unabhängigkeit, nicht nur öffentlich versprach, der politischen Einmischung in die Justiz ein Ende zu bereiten, sondern auch sein Amt als Vorsitzender der PRS niederlegte (SWB, 15.05.00, A11).

Die Weltbank und der IWF setzten bei dem angekündigten Soforthilfeprogramm alles daran, die Gefahr eines erneuten Militärputsches unzufriedener Soldaten durch Unterstützung eines Demobilisierungsprogramms für die während des Konfliktes um das Doppelte aufgeblähte Armee (s. o.) zu entschärfen. Kuma Yala unterstützte den damit verbundenen wirtschaftspolitischen Austeritätskurs und kündigte im übrigen an, im Hinblick auf die Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit den „natürlichen Partnern“, d. h. den lusophonen Ländern, Vorrang einzuräumen, was als eindeutige Absage an den frankophonen Kurs des Vieira-Regimes verstanden wurde. Gleichwohl wird der neuen Regierung mittel- und langfristig keine Alternative zur weiteren Integration in die CFA-Zone und die UEMOA bleiben. Nicht nur, weil das kleine, ressourcenarme Land langfristig nicht ohne enge wirtschaftspolitische Kooperation mit seinen frankophonen Nachbarn überleben kann, sondern auch, weil die jüngsten Integrationserfolge der UEMOA auf dem Weg zum Gemeinsamen Markt innerhalb der ECOWAS unübersehbar sind und eine beträchtliche Sogwirkung ausüben werden.

Ob die guineische Bevölkerung die neuen Entwicklungschancen wirklich wahrnehmen und wie der Kampf zwischen konkurrierenden Klientelinteressen inner- und außerhalb Guinea-Bissaus ausgehen wird, ist noch ungewiss. Mitte Mai warnte der Vorsitzende der guineischen Menschenrechtsliga, Inacio Tavarez, daß das Land Gefahr laufe, wieder in seine alten schlechten Gewohnheiten gravierender Menschenrechtsverletzungen zurückzufallen, wobei er sich auf jüngste Vorfälle von Unterdrückung der Pressefreiheit bezog (PANA, 22.05.00). Der Konflikt um die Entlassung des Marine-Kommandeurs, Lamine Sanha, der gegen den Willen der Regierung, einen wegen illegaler Fischerei in den guineischen Hoheitsgewässern beschlagnahmten koreanischen *trawler* freigelassen hatte, regte im Mai sogleich dementierte Gerüchte um mangelnden Rückhalt der Regierung unter den Militärs an. Immerhin bewogen diese Gerüchte viele der ca. 3.000 mauretanischen Händler in Guinea-Bissau zur Flucht, weil sie einen erneuten Ausbruch eines Bürgerkrieges befürchteten. Es bleibt zu hoffen, daß die Bevölkerung des Landes sich die Chancen einer nachhaltigen Demokratisierung nicht entgehen lässt, und dass sie dabei von der internationalen Gebergemeinschaft durch eine entsprechende politisch konditionierte Entwicklungszusammenarbeit ohne politische Scheuklappen linker oder rechter *couleur* unterstützt wird.

Literatur:

Achinger, Gertrud (1999), „Kriegsberichterstattung in Guinea-Bissau vom Juni 1998 - Juni 1999“, Hannover, unveröffentlichtes paper

Aguilar, Renato / **Stenman**, Asa (1997), "Guinea-Bissau: from structural adjustment to economic integration", *Afrika Spectrum*, 32.1997.1:71-98

Alibert, Jacques (1997), "Les conséquences de la dévaluation du franc CFA", *Marchés Tropicaux,* 15.08.1997:1795-1801

Augel, Johannes (2000), „Das Scheitern der Entwicklungsstrategie in Guinea-Bissau“, Uni. Bielefeld, paper zur Veröfffentlichung

Augel, Johannes (1998), "Staatskrise, Ethnizität und Ressourcenkonflikte in Guinea-Bissau", Working Paper Nr. 309, SDRC, Uni. Bielefeld

Bierschenk, T. / **Elwert**, G. / **Kohnert**, D. (1993), "The long-term effects of development aid - Empirical studies in rural West Africa", *Economics*, 47.1993.1:83 - 111

Brüne, Stefan / **Mehler**, Andreas (1998), „Die neue französische Afrikapolitik - Face-lifting oder außenpolitische Wende?, in: *„Afrika-Jahrbuch - 1997*", IAK/Hofmeier (Hrsg.), Opladen 1998: 46-58

Castro, Paulo Canelas de (1998), "The community of Portuguese speaking countries", *Verfassung und Recht in Übersee*, Teil 1, 31.1998.2:122-150, Teil 2, 31.1998.3:268-301

Diallo, Mamadou (1998), "Quelques axes de réflexion pour un partenariat nouveau", in: GEMDEV, 1998:395-406.

Faye, Ousseynou (1994), "La crise casamancaise et les relations du Sénegal avec la Gambie et la Guinée-Bissau (1980-1992)", in: Momar-Coumba Diop (ed.), "Le Sénégal et ses voisines", Dakar, 1994:189-212

Fritscher, Frédéric (1994), "Sénégal: 'On est tous dévalués !'", *Le Monde*, Paris, 05.02,1994, S. 1,4

Gaillard, Gérald (1999), "Guinée-Bissau: un pas douloureux vers la démocratie", Afrique contemporaine, 191.1999.3:43-57

Galli, Rosemary E. / **Jones**, Jocelyn (1987), "Guinea-Bissau. Politics, economics and society", London, Pinter

Gaud, Michel (1994), "De la réévaluation à la dévaluation", *Afrique contemporaine*, 169 (1994)1: 5 - 17

GEMDV (ed.) (1998), "La Convention de Lomé en Question", Ouvrage publié avec les soutiens de la Commission Européenne, du Secrétariat d' Etat à la Coopération et de l' agence de la Francophonie, Paris, Editions Karthala

Hadjimichael, Michael T. **/ Galy,** Michel, 1997, "The CFA Franc Zone and the EMU", IMF Working Paper 97/156, International Monetary Fund, November 1997.

Hanink Dean M. / **Owusu**, J. Henry (1998), „Has ECOWAS promoted trade among its members?", *J. of African Economies*, 7.1998.3:363-383

Hugon, Philippe (1998), "Les avatars de la Zone Franc face à l'Euro", in: GEMDEV, 1998:363-394

Kappel, Robert (1993), "Future prospects for the CFA Franc Zone", *Intereconomics*, 28.1993.6.: 269 - 278.

Kohnert, Dirk (1988) -: "Socialism without liberation - Land reclamation projects in Guinea-Bissau", *Sociologia Ruralis*, (1988) 2/3:161-175.

Kohnert,. Dirk (1998), „Der Euro, ein Segen für Afrika? Folgen der Anbindung der afrikanischen Franc-Zone an den Euro", in: : *„Afrika-Jahrbuch - 1997*", IAK/Hofmeier (Hrsg.), Opladen 1998: 59-70.

Körner, Peter (1996), „Macht- und Interessenpolitik in der ECOWAS-Region und der Krieg in Liberia. Die politische Dimension regionaler Integration in Westafrika", Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde, Nr. 51, IAK, Hamburg.

Koudawo, Fafali (1997), "Guinée-Bissau: la carte francophone", in: "L'Afrique politique 1997. Revendications populaires et recompositions politique", Paris, Karthala, 1997:213-228

Lucas, Rémy (1997), "Aventura e rotina - Gilberto Freyre et l' Afrique", in: Lusotopie, 1997:237-245

Lusotopie (1997), "Lusotropicalisme. Idéologies coloniales et identités nationales dans les mondes lusophones", Karthala, Paris, CEAN etc., publication annuelle

Michel, Guy (1998), "L'aide publique au développement du Portugal et l' Afrique", *Marchés Tropicaux*, 13.03.1998:545

Monga, Célestin (1997), "A Currency Reform Index for Western and Central Africa", *World Economy*, (January) 1997:103 - 125.

Mundell, Robert A. (1961), "A theory of optimum currency areas", *American Economic Review*, 51.1961:657 - 656

Oppenheimer, Jochen (1997), "Realites et mythes de la cooperation portugaise", in: "Lusotopie", 1997:469-478

Ostheimer, Andrea (2000), „Guinea-Bissau´s rocky path to peace and democracy", *South African Journal of International Affairs*, 7.2000.1:107-122

Pélissier, Rene (1989), "Naissance de la Guiné. Portugais et Africains en Sénégambie (1841-1936)", Orgeval (France)

Rudebeck, Lars (1998), "Democratic legality versus democratic legitimacy", *Lusotopie*, 1998:25-30

Sjölander, Stefan (1997), "Is there a will ... to change? An assessment of macroeconomic development, structural reform, and development cooperation between Guinea-Bissau and Sweden ...", Stockholm, unpublished

Smith, Stephen / **Glaser**, Antoine (1992), "Ces messieurs Afrique - Le Paris-Village du continent noir", Calmann Lévy, Paris

Tchon-Tchoma (pseudonyme; 1998), „Guiné-Bissau: aux origines de la crise", *Jeune Afrique*, 15. Sept. 1998: 24-25

Wegemund, Regina (1999), "Die CPLP und der Bürgerkrieg in Guinea-Bissau", *Internationales Afrikaforum*, 35.1999.2:165-176

Yeats, A.J. (1989), "Do African countries pay more for imports ? Yes", World Bank, Working Paper N° 265, Washington D.C.

Abstract:

The impact of foreign affairs on the political and social transition in Guinea-Bissau

The present transition in Guinea-Bissau is often described as an internal affair, triggered off by "bad government", i. e. decades of corruption, violent repression of opposition, and other human rights violations, which led to increasing conflicts among the power elite of the deposed dictator "Nino" Vieira. This might be a biased view, unduly influenced by fashionable political positions of major donor countries of development assistance, on which any government in Bissau is highly dependent. This article advocates a more balanced problem analysis: Whereas the impact of internal forces on the transition is not denied, it wants to stress that external factors had an equal or even greater impact on the roots of the "civil war" in 1998/99 and subsequent democratisation in Guinea-Bissau. Notably, development in Guinea-Bissau has been hampered by numerous parallel and competing activities of luso-, franco-, and anglophone clientelist networks and their hidden agendas. However, the conflict escalation, provoked last not least by foreign powers, put an end to 25 years of despotic rule of the PAIGC and their rulers, and renewed the hopes for genuine democratisation and good governance which the liberation war of the 1960th failed to deliver.

Résumé

Le processus actuel de transition en Guinée-Bissau est souvent décrit comme une affaire interne, déclenché par un "mauvais gouvernement", c'est-à-dire quelques décennies de corruption, de répression violente de 1'opposition et violation des droits de homme, qui entrainèrent des conflits au sein de l'élite au pouvoir sous le dictateur «Nino» Vieira et le renversement de celui-ci. Cette vue des choses est peut-être faussée par des positions politiques qui ont cours dans la majorité des pays fournissant une aide au développement, pays dont dépend à un degré élève tout gouvernement á Bissau, L'article plaide pour une analyse plus différenciée du problème : sans dénier l'impact des forces internes sur la transition, il souligne le fait que les facteurs externes eurent un impact égal, ou même plus grand, sur les racines de la «guerre civile » de 1998/99 et la démocratisation qui s'ensuivit en Guinée-Bissau. Le développement de la Guinée-Bissau a souffert de nombreuses activités parallèles et concurrentes de réseaux clientélistes lusophones, francophones et anglophones et de leurs buts caches. Cependant, 1'aggravation du conflit, provoque pour une non moindre part par des pouvoirs étrangers, mit fin à 25 années de gouvernement despotique du PAIGC, ravivant ainsi les espoirs de démocratisation et de bon gouvernement qui ne s'étaient pas réalisés après la guerre de libération des années 60.

Resumo

O actual processo de transição na Guiné-Bissau é frequentemente descrito como um assunto interno, desencadeado por um"mau governo", isto é, por décadas de corrupção, violenta repressão da oposição e outros violações dos direitos humanos, que culminaram com a «deposição, por parte da elite hegemónica, do presidente „Nino° Vieira. Pode tratar-se, porém, de uma visão falsa da problemática, influenciada sem dúvida pelas posições políticas vigentes na maior parte dos países doadores e fornecedores de assistência ao desenvolvimento do pais, dos quais todos os governos de Bissau dependem em elevado grau, O presente artigo defende a necessidade de uma análise mais balanceada do problema: embora o impacto das forças internas face às dificuldades desse momento de transição não seja negado, não não há dúvida que fatores externos representaram um igual ou mesmo maior impacto no desenrolar da "guerra civil" de 1998/99 e na democratização subsequente na Guiné-Bissau. O desenvolvimento da Guiné-Bissau tem sido especialmente bloqueado por numerosas actividades paralelas e *competitivas da parte de redes clientelistas lusófonas, francófonas e anglófonas e suas divergentes orientações básicas. Entretanto, o conflito armado, que de facto não foi causado por poderes estrangeiros, pôs fim a 25 anos de despótico domínio do PAIGC e seus agregados, renovando ao mesmo tempo a esperança numa genuína democratização e boa governação, o que não foi possível ser realizado com a guerra de liberação da década de 1960.*